

Niederschrift

16. Sitzung des Verwaltungsrates des Medizinischen Dienstes Rheinland-Pfalz

Öffentliche Tagesordnungspunkte

Ort: Alzey
Tag: 3. Juni 2025
Zeit: 10:00 Uhr bis 13:27 Uhr
Teilnehmer: s. Anlage

Tagesordnung

TOP 1

Eröffnung der öffentlichen Sitzung durch die Vorsitzende des Verwaltungsrates des Medizinischen Dienstes Rheinland-Pfalz
Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

TOP 2

Beschlussfassung über die Tagesordnung

TOP 3

Bericht aus dem Medizinischen Dienst

TOP 4

Beschwerdebericht nach der Dienstleistungsrichtlinie Pflegebegutachtung

TOP 5

Bericht aus den Ausschüssen
4.1 Haushalts- und Finanzausschuss
4.2 Ausschuss Gesundheit und Pflege

TOP 6

Jahresabschluss 2024

TOP 7

Haushaltshochrechnung 2025

TOP 8

Herangehensweise zur Erfüllung der Aufgaben der unabhängigen Ombudsperson

TOP 9

Verschiedenes

- Nachbesetzungen

TOP 10 - TOP 13

NICHT ÖFFENTLICH nach § 13 der Satzung des Medizinischen Dienstes Rheinland-Pfalz

TOP 1

Eröffnung der öffentlichen Sitzung durch die Vorsitzende des Verwaltungsrates des Medizinischen Dienstes Rheinland-Pfalz

Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende des Verwaltungsrates, Frau Durdevic, eröffnet die Sitzung des Verwaltungsrates des Medizinischen Dienstes Rheinland-Pfalz. Sie begrüßt die anwesenden Mitglieder des Verwaltungsrates, die Vertreterinnen und Vertreter des Medizinischen Dienstes Rheinland-Pfalz, Herr Prof. Dr. Koehler, Herr Dr. Meny und Frau Jackel als Protokollantin, sowie die Öffentlichkeit.

Frau Durdevic verliest die nicht teilnehmenden Mitglieder und deren Stellvertreter.

Alle Mitglieder des Verwaltungsrates und Stellvertretungen wurden ordnungsgemäß eingeladen. Die Einladung und die Tagesordnung wurden am 20.05.2025 per Cryptshare und ergänzend per Post am 21.05.2025 versandt.

Es wird festgestellt, dass 16 Mitglieder des Verwaltungsrates bzw. deren Stellvertreter und Stellvertreterinnen mit Stimmberechtigung anwesend sind.

TOP 2

Beschlussfassung über die Tagesordnung

Die Mitglieder des Verwaltungsrates stimmen der Tagesordnung in der vorliegenden Fassung einstimmig zu.

TOP 3

Bericht aus dem Medizinischen Dienst

Herr Prof. Dr. Koehler berichtet zunächst über die Reorganisation im Medizinischen Dienst Rheinland-Pfalz und stellt fest, dass der Abschluss der Reorganisation zum 1. Juli 2025 geplant sei. Aus fünf BBZ werden vier „Regionen“ mit neuem Zuschnitt. Eine neue Organisationsstruktur wurde erstellt und letzte Fragen sollten mit dem Personalrat bis zum 1. Juli zu klären sein.

Herr Dr. Meny erläutert, dass für den neuen Satellitenstandort in Ludwigshafen in der Region Süd ein interessantes Objekt vorliegt. Das neue Objekt wurde durch den Vorstand im Rahmen einer Vorortbegehung gesichtet. Die Kündigung des alten Dienststellengebäudes ist monatlich möglich mit einer Frist von neun Monaten, wodurch ein Umzug ab März 2026 möglich sei.

Es gibt die Möglichkeit drei Parkplätze für den Medizinischen Dienst Rheinland-Pfalz anzumieten, dies sollte bei der Durchführung von einer körperlichen Untersuchung am Tag für Versicherte ausreichen. Es soll zudem geprüft werden, ob auch weitere kostenfreie Parkplätze für die Mitarbeitenden zur Verfügung stehen. Barrierefreiheit besteht bei den neuen Räumlichkeiten. Umbauarbeiten sind noch abzustimmen (bspw. Raum für die IT). Ein Mustermietvertrag wurde zur Prüfung angefordert.

Des Weiteren hat Herr Knoll dem MD weitere Objekte in Ludwigshafen genannt, die noch zu besichtigen sind.

Als alternativer Standort für die Region West (Trier) wurde durch den Vorstand im Rahmen einer Vorortbegehung ein Objekt in Trier-Euren gesichtet. Das angebotene Objekt (3 Stockwerke) ist aktuell komplett an eine Firma vermietet, die nur noch im EG mieten möchte. Daher wurden das 1. OG und das 2. OG angeboten. Der Mietpreis ist attraktiv. Kleiner Umbauarbeiten sind erforderlich. Ebenso muss geklärt werden, wie eine Trennung der Infrastruktur in drei Mitparteien erfolgen soll. Es wurde ebenfalls ein Mustermietvertrag angefordert. Aufgrund der Kündigungsfrist für die aktuelle Dienststelle ist jedoch unklar, ob das Objekt vor Ablauf der jährlichen Kündigungsfrist abschlussreif geklärt werden kann.

Zum Thema aktueller Stand KI-unterstützte Einzelfallbegutachtung Pflege wurde eine Anpassung an die KI-Gesetzgebung der EU vorgenommen. Die Versicherteninformation und die Einverständniserklärung wurden erstellt und durch den externen Datenschutzbeauftragten geprüft. Hier seien die Anforderungen an die KI sehr hoch bemessen. Aktuell erfolge daher eine Überarbeitung der Versicherteninformation (Infobroschüre). Die Vergabe ist am 27.05.2025 gestartet und bislang wurden 21 Unternehmen für die Ausschreibung freigeschaltet. Der Start des Projektes ist für den 01.11.2025 geplant und die Kostenschätzung bei vollumfänglicher Umsetzung liegt bei ca. 300 TEUR. Es handelt sich um eine Europaweite Ausschreibung, aufgrund dessen wurde im Lastenheft festgehalten, dass eine Speicherung der Daten in Deutschland erforderlich ist.

Anfang nächster Woche soll die Vergabe starten und im September abgeschlossen werden. Der Verwaltungsrat ist in dieses Projekt eingebunden.

Herr Prof. Dr. Koehler stellt die vier folgenden wesentlichen Punkte aus dem Koalitionsvertrag kurz vor, eine ausführliche Darstellung und Diskussion ist bereits im Ausschuss Gesundheit und Pflege erfolgt.

Im Bereich der Krankenhauslandschaft wird die vorgesehene Änderung der Leistungsgruppen bezüglich einer Fristanpassung auf die Prüfplanung auswirken, was zu Änderungen der LOPS-Richtlinie und der Prüfkriterien führen könne.

Im Bereich der Ambulanten Versorgung sind mögliche zusätzliche Prüfaufträge für den Medizinischen Dienst zu einer Hybrid-DRG im Rahmen einer Entwicklung von sektorenunabhängigen Fallpauschalen zu erwarten. Es könne nicht ausgeschlossen werden, dass Gesetze zur Pflegekompetenz, Pflegeassistenz und zur Einführung der „Advanced Practice Nurse“ auch auf die Personalakquise Auswirkungen zeigen könnten.

Die Verringerung der Dokumentationspflichten und Kontrolllichten durch ein Bürokratieentlastungsgesetz und die Etablierung einer Vertrauenskultur und Stärkung der Eigenständigkeit und Eigenverantwortlichkeit der Professionen, hat möglicherweise Einfluss auf Prüfaufträge und Qualität der erbrachten Leistungen.

Herr Prof. Dr. Koehler erläutert die aktuelle Auftrags- und Erledigungssituation der Bereiche GKV/SPV. Im GKV Bereich ist festzuhalten, dass die Auftragseingänge eine Steigerung von 6 % im ersten Quartal 2025 im Vergleich zum 1.Quartal 2024 aufzeigen. Die Bearbeitungszeit im Bereich GKV habe sich erwartungsgemäß entwickelt.

Im SPV-Bereich haben sich die Auftragszahlen leicht um 2,9 % erhöht. Die Erledigungszahlen haben sich ebenfalls verbessert und auch die offenen Aufträge sind um über 18,6 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zurückgegangen.

Eine erfreuliche Verkürzung der durchschnittlichen Bearbeitungszeit ist zu vermerken. Dies macht sich auch bei den Verfristungen positiv bemerkbar. Der Medizinische Dienst Rheinland-Pfalz konnte sich im bundesweiten Vergleich von Rang 12 von 15 im Jahr 2023 auf Rang 2 im April 2025 verbessern. Letztlich sind die Kassen mit dem Gesamtergebnis zufrieden.

Ein ausdrücklicherer Dank geht an alle Verantwortlichen, die in diesem Bereich tätig sind und diese Ziele erreicht haben.

Die Situation im Bereich Pflege ist als positiv zu bewerten. Die Zahl der Hausbesuche hat sich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 11 % erhöht. Auch bei den Aktenlagengutachten ist eine Erhöhung um 18 % festzustellen, wobei die Durchführung von Telefoninterviews um 63 % abgenommen hat, da diese bei unklarer Aktenlage immer zusätzlich durchgeführt werden und in diesen Fällen in der Statistik unter Aktenlage geführt werden. Als positiv zu verzeichnen ist auch der deutliche Rückgang der Rückgaben ohne Erledigungen.

Im Bereich QP-Pflegeeinrichtungen ist der MD auf einem guten Weg. Bis dato liegt man bei einer Prüfquote von 247 was hochgerechnet ca. 1.000 Prüfungen im Jahr darstellen würde. Der MD ist in diesem Bereich noch nicht voll besetzt, was jedoch im Laufe des Jahres erreicht werden soll. Ein deutlicher Rückgang bei den Beratungen ist durch eine nicht besetzte Stelle in diesem Bereich zu erklären.

Die Mitglieder des Verwaltungsrates nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

TOP 4

Beschwerdebericht nach der Dienstleistungsrichtlinie Pflegebegutachtung

Herr Prof. Dr. Koehler informiert die Anwesenden anhand des Beschwerdeberichts über das Beschwerdemanagement im MD Rheinland-Pfalz im Jahr 2024.

Mit dem Eingang von 88 Beschwerden hat sich die Anzahl um 5,5 % gegenüber 2023 verringert und dies bei einem Anstieg erstellter Gutachten um 8.9 % auf 155.846.

In 20 Vorgängen konnte eine telefonische und in 66 Fällen eine abschließende schriftliche Klärung herbeigeführt werden.

86 % der Fälle konnten innerhalb von vier Wochen abgeschlossen werden, in 14 % dauerte es länger.

Das Gutachtenergebnis war mit 33 % an erste Stelle der Beschwerdegründe. Danach folgten mit dem „Verhalten der Mitarbeitenden“ mit 31 % und die „Terminvergabe“ mit 17 %. Die „Qualifikation der Mitarbeitenden“ wurde mit 14 % bemängelt.

Folgende Maßnahmen wurden abgeleitet: Innerhalb der Pflegebegutachtung werden Versicherten beraten und auch regelhaft Empfehlungen und Hinweise auf weiterführende Beratungsmöglichkeiten ausgesprochen, wie zum Beispiel durch die Pflegekassen oder Pflegestützpunkte.

Neue Gutachter*innen werden besonders hierzu geschult. Weiterhin werden regelmäßige vertiefende interne Fortbildungen zu Krankheitsbildern und deren Behandlung und dazu auch Supervisionen durchgeführt.

Schließlich werden zu den Themen Kommunikation, Gesprächsführung, Zeitmanagement und Umgang mit herausfordernden Situationen Unterstützung angeboten.

Der Beschwerdebericht nach der Dienstleistungsrichtlinie Pflegebegutachtung wurde im Ausschuss Gesundheit und Pflege ausführlich dargestellt und diskutiert.

Die Mitglieder des Verwaltungsrates nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

TOP 5

Bericht aus den Ausschüssen

4.1 Haushalts- und Finanzausschuss

4.2 Ausschuss Gesundheit und Pflege

Herr Fischer erklärt für den Haushalts- und Finanzausschuss, dass Einzelheiten zu dem Jahresabschluss 2024 und der Haushaltshochrechnung 2025 bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten mitgeteilt werden.

Frau Schneider erklärt für den Ausschuss- und Pflege, dass ebenfalls bei den einzelnen Tagesordnungspunkten Erläuterungen gemacht werden, sollte das erforderlich sein.

Die Mitglieder des Verwaltungsrates nehmen die Hinweise zur Kenntnis.

TOP 6

Jahresabschluss 2024

Herr Dr. Meny berichtet aufgrund der Vorberatung im Haushalts- und Finanzausschuss verkürzt über die Jahresrechnung 2024.

Das Haushaltsjahr 2024 schließt mit Minderausgaben in Höhe von ca. 2 Mio. Euro. Die Minderausgaben sind im Wesentlichen bei den persönlichen und sächlichen Verwaltungskosten (Summe 1,4 Mio. Euro) entstanden. Geringere Ausgaben entstanden auch bei den Kosten der Rechtsverfolgung und im Investitionshaushalt. Die Vermögenserträge trugen mit ca. 335.000 Euro zur Ergebnisverbesserung bei.

Bei den persönlichen Verwaltungskosten sind die Minderausgaben insbesondere durch den Wegfall der Lohnfortzahlung entstanden, die über dem geplanten Volumen lagen. Hinzu kommen aufgrund der positiven Entwicklung in der Pflegebegutachtung geringere Ausgaben für die freiwillige Mehrarbeit. Weitere Minderausgaben entstanden u.a. durch Abrufe aus dem Langzeitarbeitskonto durch Mitarbeitende.

Die Finanzierung der Stellen unter Berücksichtigung von geplanten und ungeplanten Personalveränderungen hat in 2024 sehr gut mit der Planung übereingestimmt, so dass keine Überfinanzierung von Stellen erfolgte, die bspw. aufgrund von Fachkräftemangel bzw. Fluktuation nicht besetzt werden konnten.

Bei der Kontengruppe 71 - sächliche Verwaltungskosten sind Minderausgaben in Höhe von ca. 685.000 Euro entstanden. Mehrausgaben sind bei den Reisekosten aufgetreten, die für 2024 sehr konservativ kalkuliert wurden. Der größte Anteil an Minderausgaben ist im Bereich der Bewirtschaftung und Unterhaltung der Liegenschaften aufgetreten. Geringere Energiekosten von ca. 146.000 Euro sind hierbei enthalten. Im Bereich IT-Projekte wurden die Budgets für die Dienstleister nicht vollständig ausgeschöpft. Zur Verbesserung der Ausgabenplanung wurden intern Maßnahmen ergriffen (Projektmanagement, Vertragsmanagement und Budgetanpassungen).

Für 2024 konnte eine weitere Reduzierung der Betriebsmittel in Höhe von ca. 1,5 Mio. Euro realisiert werden.

Zusammenfassend erläutert Herr Dr. Meny, dass die Abweichungen im Personalhaushalt durch Sondereffekte entstanden sind (AU-Zeiten/Freiwillige Mehrarbeit Pflege/LZAK-Abrufe). Der Abschlag für ungeplante Personalveränderungen (Vergütung Arbeitnehmer) war passgenau.

Der Haushalts- und Finanzausschuss nimmt die Informationen zum Jahresabschluss 2024 zur Kenntnis und empfiehlt dem Verwaltungsrat einstimmig ebenfalls die Kenntnisnahme des Jahresabschlusses 2024.

Die Mitglieder des Verwaltungsrates nehmen die Information zum Jahresabschluss 2024 zur Kenntnis.

TOP 7

Haushaltshochrechnung 2025

Herr Dr. Meny berichtet ebenfalls aufgrund der Vorberatung im Haushalts- und Finanzausschuss verkürzt anhand eines Folienvortrags und der vorliegenden Beratungsunterlage über die Haushaltshochrechnung 2025.

Für das Haushaltsjahr 2025 werden nach vorliegender Hochrechnung Minderausgaben von ca. 2 Mio. Euro erwartet. Ursächlich dafür ist die Entwicklung der Ausgaben im Bereich der persönlichen Verwaltungskosten. Beim der Vergütung der Arbeitnehmer tritt ein bereits nach Tarifabschluss abgeschätzter Effekt in Höhe von 455.000 Euro auf, der durch den Tarifabschluss Ende 2024 absehbar war. Hinzu kommen Minderausgaben in Höhe von ca. 600.000 Euro durch eine schwächere Entwicklung der Stellenplanbesetzung als geplant, so dass der bereits vorgenommene Finanzierungsabschlag für ungeplante Personalveränderungen dies nicht mehr auffangen kann. Weiterhin wurde das Budget für die freiwillige Mehrarbeit erneut angepasst. Hinzu kommt eine hohe Erstattung aus einem Abruf des Langezeitarbeitskontos. Ungeplante Minderausgaben treten zudem im Bereich Versorgungsempfänger inkl. Beihilfeleistungen in Höhe von 180.000 Euro auf.

Im Bereich der sächlichen Verwaltungskosten sind u.a. Nachzieheffekt aus 2024 enthalten, so dass nach vorliegender Hochrechnung Mehrausgaben in Höhe von 61.000 Euro ausgewiesen wurden. Allerdings ist dies eine frühe Prognose, die u.a. auch vom Verlauf der Vergabeverfahren und weiterer Faktoren abhängig ist.

Bei der Aktualisierung der Anlagenrichtlinie vom 14.02.2024 wurde festgehalten, dass die grundsätzliche Anlagestrategie (Höchstvolumen, grundsätzliche Anlageart, Mindestanzahl Kreditinstitute) jährlich im Rahmen der Haushaltsplanung vom Vorstand mit dem Verwaltungsrat vereinbart wird. Für die Haushaltsplanung 2025 wurde festgehalten, dass die Anlage über das Tagesgeldkonto erfolgt. Über die aktuelle Umsetzung wird daher in der Sitzung informiert.

Auf Nachfrage zur Stellenplanentwicklung erläutert Herr Prof. Koehler, dass ein Stellenaufbau unter Beachtung der Auftragslage erfolgt, die im Moment eher moderat verläuft. Eine weitere Ergebnisverbesserung ist daher möglich. Die Betriebsmittel werden sich aufgrund der voraussichtlichen Minderausgaben erhöhen. Für die Haushaltsplanung 2026 steht somit ein Betriebsmittelstand zur Verfügung, der eine umfangreichere Umlagestützung ermöglicht – auch im Hinblick auf die noch zu verhandelnden Entgeltanpassungen des TV-MD ab Februar 2026.

Die Mitglieder des Verwaltungsrates nehmen die Information zur Haushaltshochrechnung 2025 zur Kenntnis.

TOP 8

Herangehensweise zur Erfüllung der Aufgaben der unabhängigen Ombudsperson

Herr Edmund Elsen, stv. unabhängige Ombudsperson stellt seine Herangehensweise zur stellvertretenden Erfüllung der Aufgaben der unabhängigen Ombudsperson vor.

Die Ombudsperson Frau Schmidt bestand am 25. Februar 2025 nach der Entscheidung des Verwaltungsrates auf den Abschluss einer schriftlichen Vereinbarung über die Tätigkeit der Ombudsperson und der stellvertretenden Ombudsperson mit dem MD Rheinland-Pfalz für die Zeit vom 01.03.2025 bis zum 28.02.2026.

Bis zu Übergabe am 25.02.2025 waren ca. 50 Eingaben vorliegend; z.T. noch zu bearbeiten. Seit 1. März 2025 sind ca. 100 weitere Eingaben eingegangen (= 150); d.h. ca. 30/Monat. Durchschnittliche Bearbeitungszeit je Eingabe = 1 Stunde; ca. 28 Std./Monat

Herr Elsen erläutert, dass die unabhängige Ombudsperson ein wichtiges Instrument sei, welches die Transparenz in Bezug auf die Unabhängigkeit des Medizinischen Dienstes sowie die Patientenrechte und die Rechte pflegebedürftiger Personen weiter stärkt.

Die UOP wolle Anregungen und Beschwerden der Versicherten aufnehmen, in Konfliktsituationen vermitteln, Unregelmäßigkeiten aufdecken und systematische Fehlentwicklungen beim Medizinischen Dienst verhindern.

Die Geschäftsstelle der Ombudsperson ist organisatorisch unmittelbar beim Vorstand des MD angesiedelt. Das gilt sowohl für das zugewiesene Personal als auch für die elektronische Datenstruktur.

Personal

Das der Geschäftsstelle bisher mit einigen Stunden „zugewiesene“ Personal ist in erster Linie im Bereich des Vorstandssekretariats beschäftigt. Eine Umorganisation im Bereich des Vorstandssekretariats ist vorgesehen.

- ➡ Damit sollte sich die Möglichkeit für eine Sachbearbeitung in der Geschäftsstelle der Ombudsperson eröffnen
Umfang: ca. 15 Stunden/Woche (mit Steigerungspotential)

Daten-/Aktenstruktur

Die Akten werden ausschließlich elektronisch in einfachster Form geführt und liegen auf dem Server der Hauptverwaltung in einem gesonderten Ordner für die Ombudsperson. Der Zugriff ist über die Netzwerkadministration geregelt. Ansonsten wird der Mailserver des MD genutzt.

- ➡ Durch diese Gegebenheit erscheint eine unabhängige administrative Anbindung des Büros und der Geschäftsstelle zumindest fraglich.

- ➡ Für erforderlich gehalten werden eine Softwareanwendung oder ein System zur Erfassung, Bearbeitung, Speicherung, Verwaltung und Verfolgung elektronischer Dokumente und Dateien und E-Mails auf einem kleinen eigenen Server.

Räumliche Unterbringung

Persönliche Anwesenheit in der Hauptverwaltung ist derzeit grundsätzlich mittwochs von 9-15 Uhr; es ist geplant, aus Gründen der besseren persönlichen Erreichbarkeit für Beschwerdeführende die Anwesenheit künftig auf mindestens 2 Arbeitstage zu verteilen.

- ➡ In diesem Zusammenhang sollte dauerhaft ein Büroraum für die Ombudsperson mit eigenständiger Zugangsmöglichkeit verfügbar sein.

Herr Elsen bittet darum, die Ombudsstelle als vertrauensvolle Anlaufstelle für Versicherte weiter zu stärken – und um Transparenz, Patientenrechte und faire Verfahren wirksam zu fördern.

Er bitte daher den Verwaltungsrat um materielle und ideelle Unterstützung:

Konkret durch angemessene Ressourcen (gemäß der Richtlinie für die unabhängigen Ombudspersonen), organisatorische Anbindung und vor allem auch durch die klare Rückendeckung des Verwaltungsrats.

Ebenso wichtig ist ihm der regelmäßige Austausch mit dem Verwaltungsrat – damit Rückmeldungen aus der Praxis in die Weiterentwicklung des Dienstes einfließen können.

Gemeinsam könne so ein starkes Signal für Unabhängigkeit, Offenheit und Bürgernähe des Medizinischen Dienstes gesetzt werden.

Herr Elsen hat im Anschluss an die Sitzung des Verwaltungsrates einen Austausch mit der Ärztlichen Leitung geplant. Für ihn seien die Erreichbarkeit sowie die Terminvergaben der Mitarbeitenden des Medizinischen Dienstes Rheinland-Pfalz zu langwierig. Er wünsche sich diesbezüglich eine Verbesserung der Abläufe.

Nach einer ausführlichen Diskussion der Ausführungen der Ombudsperson wird der Vorstand des Medizinischer Dienst Rheinland-Pfalz mit folgenden Punkten zur Umsetzung beauftragt.

- Die Erreichbarkeit (telefonisch) soll entsprechend dem Bedarf der Ombudsperson (zukünftig auf zwei Tage pro Woche geplant) verteilt werden.
- Es soll für die Datenpflege sowie Datenaufbereitung eine Software ausgewählt und etabliert werden.
- Eine begründet notwendige Unterstützung durch eine Geschäftsstelle soll in die Planung aufgenommen werden.
- Für Herrn Elsen wird ein festes Büro (bereits von stv. UOP in Nutzung) etabliert sowie mit einem abschließbaren Schrank versehen. Ein Schlüssel soll für die Nutzung ebenfalls ausgehändigt werden.

Herr Elsen wird in der kommenden Sitzung am 05.11.2025 über die Entwicklung berichten.

TOP 9

Verschiedenes

- Nachbesetzungen

In der Sitzung des Verwaltungsrates vom 25.02.2025 wurden Frau Corinne Wendel (vdek KKH) und Herr Edmund Elsen (Sozialverband Deutschland e.V. Landesverband RLP) von Ihrem Amt entbunden.

Geplante Nachfolge von Frau Corinne Wendel ist die vorherige Stellvertretung Frau Dorothea Erb, deren Position von Frau Brigitte Schäfer übernommen wird. Offizielle Benennung von Frau Erb und Frau Schäfer durch die KKH erfolgt am 12. Juni 2025 in der Verwaltungsratssitzung der KKH.

Geplante Nachfolge von Herrn Edmund Elsen als Stellvertretung von Frau Sabrina Hadzijusufovic im Verwaltungsrat und als Stellvertretung von Herrn Oliver Pfeleiderer im Haushalts- und Finanzausschuss ist Herr Hans Ludwig Altes.

Auf Bundesebene ist die Nachbesetzungen der Delegierten zu Nachwahlen des Verwaltungsrates des MD Bund aus der Gruppe der Krankenversicherung sowie der Gruppe der Betroffenen-Verbänden erforderlich:

Aus der Gruppe der Krankenversicherung wird als Stellvertretung von Herrn Jürgen Knoll Frau Uta Brunner (BKK) vorgeschlagen.

Aus der Gruppe der Betroffenen-Verbände wird als Stellvertretung von Herrn Oliver Pfeleiderer Frau Gisela Rohmann (Verbraucherzentrale RLP) vorgeschlagen.

Als Teilnehmer der Mitgliederversammlung der Tarifgemeinschaft MD Bund (früherer Amtsinhaber Herr Edmund Elsen) wird Herr Willi Jäger (Sozialverband VdK RLP) vorgeschlagen.

Die Nachbesetzungen werden dem MD Bund durch den MD RLP gemeldet.

Die Mitglieder des Verwaltungsrates nehmen die Ausführungen zur Nachbesetzung des Verwaltungsrates des Medizinischen Dienstes Rheinland-Pfalz zustimmend zur Kenntnis.

Die Mitglieder des Verwaltungsrates wählen einstimmig Frau Uta Brunner als Stellvertretung von Herrn Jürgen Knoll sowie Frau Gisela Rohmann als Stellvertretung von Herrn Oliver Pfeleiderer und Herrn Willi Jäger als Teilnehmer der Mitgliederversammlung der Tarifgemeinschaft MD Bund.

TOP 10 - 13

NICHT ÖFFENTLICH nach § 13 der Satzung des Medizinischen Dienstes Rheinland-Pfalz

Die Protokollierung der nicht-öffentlichen Tagesordnungspunkte erfolgt gesondert.

Frau Durdevic bedankt sich bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern für die konstruktive Sitzung und schließt die Sitzung um 13:27 Uhr.

Alzey, 03. Juni 2025

Per E-Mail genehmigt am 27.06.2025

Jasna Durdevic
Vorsitzende des Verwaltungsrates
des Medizinischen Dienstes Rheinland-Pfalz

 **Anna Jackel**
Sekretariat des Vorstands
(Protokollführung)

